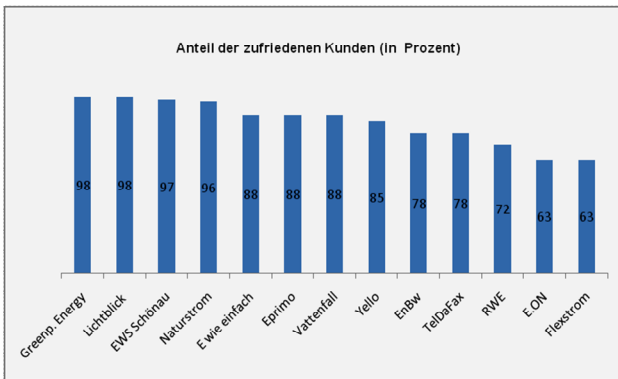


Die Seite vier



Nachgefragt:

Was fordert DIE LINKE hinsichtlich der Atomenergie?

- A: Atomausstieg unverzüglich und unumkehrbar
- B: Atom-Moratorium
- C: Laufzeitverlängerung für AKW begrenzen

Antwort:

Alle Atomkraftwerke müssen unverzüglich und unumkehrbar stillgelegt werden. Die sieben AKW – Biblis A, Neckarwestheim 1, Biblis B, Brunsbüttel, Isar 1, Unterweser und Philippsburg 1 – sowie das Pannen-Atomkraftwerk Krümmel müssen sofort und auf Dauer vom Netz. Bis zum 30. April 2011 muss ein Atomausstiegsgesetz vorgelegt werden, das die unverzügliche Stilllegung der übrigen AKW regelt. Wir brauchen stattdessen ein Sofortprogramm für eine wirkliche Energiewende.

Kontakt:

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030-22774489
Fax: 030-22776489
katrin.kunert@bundestag.de

Wahlkreisbüro

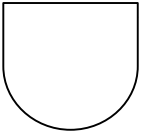
Anne-Frank-Straße 20
39576 Stendal
Telefon: 03931-490553
Fax: 03931-492248
katrin.kunert@wk.bundestag.de

Impressum
V.i.S.d.P.: Katrin Kunert,
Redaktion: Petra Brangsch
Redaktionsschluss:
8. April 2011

Katrin Kunert im Internet unter
www.katrin-kunert.com



Wahlkreisbrief



Informationen von Katrin Kunert MdB, DIE LINKE
II. Quartal 2011

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG



Liebe Bürgerinnen
und Bürger,

im Sommer findet in Deutschland die Frauenfußball-WM 2011 statt. Das DFB-Team hat gute Chancen ein drittes Mal Weltmeister zu werden. Nutzen Sie die Gelegenheit dabei zu sein. Karten gibt's im Internet und für Kinder sogar ermäßigt. Doch bis dahin, kommen Sie doch zum Kinderfußballfest „School meets football“. Es findet am 20. Mai 2011 im Sportforum „Am Eichenwald“ in Havelberg statt.

Katrin Kunert

Atomausstieg befördern - Einstieg in CCS verhindern

Seit den Ereignissen in Japan demonstrieren erneut Hunderttausende Menschen für einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Die Risiken dieser Technologie sind offensichtlich. Das trifft auf die CCS-Technologie gleichermaßen zu. Sie birgt unverantwortliche Risiken für Mensch und Umwelt. Das Kohlendioxid müsste mehrere zehntausend Jahre sicher in der Erde verbleiben. Niemand kann heute eine Garantie dafür geben, dass die Sicherheit komender Generationen gewährleistet werden kann. Das sogenannte Restrisiko hochriskanter Technologien wird regelmäßig unterschätzt.

Aus diesen Gründen hat DIE LINKE einen Gesetzentwurf eingebracht, nachdem Deutschland von Artikel 4 der EU-CCS-Richtlinie Gebrauch machen soll. Die Speicherung von CO2 könnte für das gesamte Hoheitsgebiet der Bundesrepublik verboten werden. Damit greift DIE LINKE einen Vorschlag der Bürgerinitiative „Kein CO2-Endlager Altmark“ auf. Sie hatte sich im Dezember 2010 auf den Weg nach Berlin gemacht, um mit möglichst vielen Abgeordneten aus allen im Bundestag vertretenen Fraktionen ins Gespräch zu kommen und sie von ihrer Idee zu überzeugen. Ein Gruppenantrag für ein CCS-Verbotsgesetz ist leider nicht zustande gekommen. So hat sich DIE LINKE entschlossen, einen eigenen Antrag einzubringen. Ein erstes Ergebnis der Antiatomproteste ist das Zugeständnis der Bundesregierung: „Reaktoren, die modernsten Sicherheitsanforderungen nicht genügen, müssen abgeschaltet werden“. Ich sage: „Wenn ein Ausstieg aus der Atomenergie möglich wird, muss ein Einstieg in CCS zu verhindern sein.“ Die Braunkohle hat als Energieträger keine Zukunft. Was wir brauchen ist ein schneller Wechsel hin zu erneuerbaren Energien. Die Altmark bietet hierfür gute Voraussetzungen.

Aus dem Bundestag – kurz notiert

Politik darf nicht länger am Gängelband der Lobbyisten hängen

Entscheidungen im Bundestag werden immer weniger von den gewählten Abgeordneten getroffen. Vielmehr ist der Einfluss der Wirtschaft auf die Politik groß wie nie. Die Zweifel der Bürgerinnen und Bürger an der Autonomie politischer Entscheidungen sind stark gewachsen. Der Deal der Bundesregierung mit der Atomindustrie haben diese Zweifel verstärkt. Allein zwischen 2000 und 2009 spendeten die Atomindustrie und ihre Finanziere an CDU und CSU fast 13,3 Millionen Euro, an die FDP rund vier Millionen, an die SPD fast 2,8 Millionen. Und selbst die Grünen bekamen noch 900.000 Euro vom großen Kuchen ab.

Die Dominanz der Spekulanten, Bankenchefs, Atom- und anderer Konzernlobbyisten muss durchbrochen werden. Bürgerinnen und Bürger müssen wieder Einfluss auf Politik und Wirtschaft nehmen können.

DIE LINKE im Bundestag fordert Transparenz und andere Spielregeln in der Politik:

- verpflichtende Lobbyregister beim Deutschen Bundestag und den Ministerien
- Wartezeiten für ausscheidende Politiker bei der Übernahme neuer Posten
- Verbot von so genannten „Leihbeamten“ in Ministerien
- verpflichtende Offenlegung der Nebentätigkeiten von Abgeordneten
- Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung an internationales Niveau angleichen
- Verbot von Unternehmensspenden an Parteien
- Verbot des Sponsoring von Veranstaltungen der Parteien und Ministerien.

DIE LINKE stellt die 11 größten Spender der Bundestagsparteien im Jahr 2009 ins Netz: <http://www.linksfraktion.de/nachrichten/gaengelband-lobby-wie-grossspender-einfluss-politik-nehmen/>

+++ Bundestags-Telegramm +++

+++ 6. April: „SPD erhielt Groß-Spenden von S21-Tunnelbohrer Herrenknecht“ +++ 31. März: Kahlschlag in der Arbeitsmarktpolitik in vollem Gange +++ 30. März: Atomausstieg als Chance für eine andere Energieversorgung +++ 24. März: Frauenarbeit ist mehr wert +++ 22. März: Schallende Ohrfeige für die Deutsche Bank +++ 17. März: Selbstbereicherung der Top-Verdiener +++ 28. Februar: DIE LINKE unterstützt Klagen gegen Atom-Lobbyisten +++ 24. Februar: Hartz IV-Koalition kürzt bei Behinderten +++ 22. Februar: Handlungsfähige Kommunen schaffen +++ 16. Februar: CO2-Verpressung bundesweit verbieten +++ 14. Februar: Bund muss strukturelles Defizit der Kommunen beseitigen +++ 19. Januar: Mehreinnahmen der Rentenkasse machen Rente ab 67 überflüssig +++

Alle Pressemitteilungen der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag finden Sie im Internet unter www.linksfraktion.de

Unterwegs im Wahlkreis 67

Neujahrsempfang in Gardelegen

Wie schon im letzten Jahr nutzte ich den traditionellen Neujahrsempfang der Hansestadt Gardelegen, um mit BürgerInnen und KommunalpolitikerInnen ins Gespräch zu kommen. Gemeinsam mit dem Sohn dieser Stadt, Otto Reuter, freue



ich mich schon jetzt auf den Sachsen-Anhalt-Tag, der vom 24.- 26. Juni dieses Jahres in Gardelegen stattfindet.

Politischer Aschermittwoch

Wer kennt es nicht, das Märchen von Rotkäppchen und dem Wolf. Als Rotkäppchen verkleidet machte ich mich am politischen Aschermittwoch unseres



Kreisverbandes auf die Suche nach dem "richtigen" Wulf. Mit Helga, als "Wulfwolf" verkleidet, tingelten wir amüsiert aber auch nachdenklich durch die Grausamkeiten des Lebens, die Hartz IV, Benzinpreise, kalter Winter oder die K-Debatte heißen.

Bei uns fällt keiner durch die Maschen

Wie viele fleißige Mitglieder unserer Partei habe auch ich in den vergangenen Monaten einige rote Schals gestrickt. Damit unter-



stützte ich die Aktion meines Kreisverbandes "Bei uns fällt keiner durch die Maschen". Der Erlös der Aktion kam den Tafeln im Landkreis Stendal zugute. Gemeinsam mit Helga Paschke und unserem Kreisvorsitzenden Mario Blasche übergaben wir zehn 50-Euro-Scheine an die Tafelleiterin Bärbel Kohl.

+++ Abgeordneten-Telegramm +++

In meinem Abgeordnetentelegramm setze ich mich mit schlechtem Regierungshandeln, mit aktuellen Problemen und vielem mehr auseinander. Es erscheint seit Ende 2007 wöchentlich im Generalanzeiger und auf meiner Homepage unter: <http://katrin-kunert.com/Telegramm.htm>. Schauen Sie doch einfach mal rein. Ich würde mich freuen.

+++ 1. April: Versprechen gehalten, Gesetzentwurf beschlossen! +++ 25. März: Restriktio Brüderle ...+++ 11. März: Erst überlegen, dann reden... +++ 4. März: Frauen an die Macht! +++ 18. Februar: Kinder dürfen endlich Kinder sein! +++ 16. Februar: Sie gehören abgewählt! +++ 21. Januar: „Die A 14 in ihrem Lauf, hält weder...“ +++